

WENN SCHUTZREGELN FALLEN: BRÜSSEL AUF DEM WEG IN DIE ENTFESSELUNG

Von
Nina Katzemich,
Max Bank und
Felix Duffy

Eine beispiellose Deregulierungswelle droht Europas Gesetze und Schutzregeln abzuschwächen und den Gesetzgebungseinfluss anfälliger für einseitigen Lobbyeinfluss von Konzernen zu machen. Hintergrund ist eine breite Lobbykampagne der Industrie. Einflussreichen Unternehmensverbänden und Konzernen sind die vergleichsweise hohen europäischen Schutzstandards bei Umwelt, Verbraucherschutz und Arbeitnehmer:innenrechten schon länger ein Dorn im Auge.

Eine neue Richtung - getrieben von Konzerninteressen

In Brüssel nimmt eine politische Agenda Fahrt auf, die Unternehmen weitreichende Erleichterungen verschaffen soll – indem sie bestehende Schutzregeln abbaut. Getrieben wird diese Entwicklung vor allem von der Industrielobby. Zentrale Akteure sind etwa der mächtige europäische Chemieverband CEFIC, der Lobbyverband der europäischen Arbeitgeberverbände BusinessEurope und der Bundesverband der deutschen Industrie BDI¹. Rückenwind kommt aus der deutschen Politik von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU), Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und EVP-Fraktionschef Manfred Weber (CSU).

Diese neue Deregulierungsagenda ist in den deutschsprachigen Mitgliedsstaaten bislang kaum bekannt. Dabei markiert sie einen politischen Wendepunkt. Der folgende Beitrag soll aufzeigen, worum es geht – und wer davon profitiert.

Von Schutzstandards zur Wettbewerbsfähigkeit - ein Paradigmenwechsel

In ihrer ersten Amtszeit setzte Kommissionspräsidentin von der Leyen auf Regulierung: mit dem European Green Deal, digitalen Grundsatzgesetzen und dem EU-Lieferkettengesetz. Ziel war es, Menschenrechte, die Umwelt, unsere Daten und das Klima wirksam zu schützen.

Jetzt wird diese Politik grundsätzlich in Frage gestellt. Der neue Fokus lautet „Wettbewerbsfähigkeit“. Gemeint ist damit aber vor allem eines – weniger Regulierung. Hohe Standards gelten plötzlich als Standortnachteil. Selbst nationale Sozial- und Arbeitsstandards geraten ins Visier. Die EU wolle mit China und den USA mithalten, heißt es – doch statt Innovation zu fördern, sollen Regeln weichen.

Die Antwerpener Erklärung: Fahrplan der Industrie

Die Richtung gibt die Industrie vor – etwa in der „Antwerp Declaration“² vom Januar 2024. Führende Wirtschaftsverbände, angeführt von der Chemieindustrie, forderten darin einen umfassenden Abbau von Pflichten und Vorschriften. Kommissionspräsidentin von der Leyen war bei der Vorstellung anwesend.

Ein Jahr später kündigte sie an, sämtliche zehn Empfehlungen der Erklärung in ihrer neuen Amtszeit aufzugreifen. Damit macht sich die Kommission zur politischen Vollstreckerin einer Agenda, die klar den Interessen großer Konzerne folgt – und zentrale Errungenschaften europäischer Schutzpolitik zur Disposition stellt.

Deregulierung mit System: Die Agenda für Wettbewerbsfähigkeit

Was sich als „Agenda für Wettbewerbsfähigkeit“ präsentiert, ist in Wahrheit eine

**Harmlos
klingende Begriffe bedeuten
in Wahrheit eine
systematische
Schwächung
europäischer
Schutzstandards**

Wenn Schutzregeln fallen: Brüssel auf dem Weg in die Entfesselung

systematische Schwächung europäischer Schutzstandards – im Namen von Wachstum und Profit. Die Kommission greift dabei auf bestehende Instrumente der sogenannten „besseren Rechtssetzung“ zurück, wie das Regulatory Scrutiny Board³ und die Re-fit-Plattform⁴. Doch der neue Vorstoß geht weiter: Er verbindet alte Strukturen mit neuer politischer Macht und Durchsetzungskraft.

Im Zentrum stehen sechs Begriffe, die technokratisch klingen, aber politischen Sprengstoff bergen: **Wettbewerbsfähig-**

keit, Vereinfachung, Omnibus, 28. Regime, Realitätschecks und Implementierungsdialoge. Was harmlos klingt, untergräbt in vielen Fällen bewährte Regeln.

1. „Wettbewerbsfähigkeit“ – ein Kampfbegriff im Dienst der Industrie

Kaum ein Begriff ist so zentral für die aktuelle EU-Politik – und zugleich so vage. Gemeint ist meist: Unternehmen sollen von Regeln und Auflagen entlastet werden, um auf dem Weltmarkt zu bestehen.

Der Impuls kam spätestens mit dem Bericht von Mario Draghi im Herbst 2024. Der EZB-Chef sah Europas Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr – eine Steilvorlage für Deregulierungsforderungen.

Anstelle echter Innovationsförderung zielt die Agenda jedoch auf das Absenken von Standards: bei Menschenrechten, Datenschutz, Nachhaltigkeit. Selbst Fusionskontrollen sollen gelockert werden, um „europäische Champions“⁵ zu ermöglichen. Die Kosten für Umwelt, Beschäftigte und Verbraucher:innen – bisher von Unternehmen getragen – sollen künftig von der Allgemeinheit übernommen werden.

2. „Vereinfachung“ als Tarnbegriff für Abbau von Kontrolle

Offiziell spricht die Kommission von „Vereinfachung“ – doch spätestens mit ihrem Wettbewerbsfähigkeits-Kompass vom Januar 2025⁶ wird klar, dass es um mehr geht. Die Kommission kündigte an, Regulierung künftig stärker auf „Vertrauen“ statt Kontrolle zu stützen.

In der Praxis heißt das: weniger Berichtspflichten, weniger Überwachung – bei ohnehin schon schwacher Durchsetzung. Beispiel: Datenschutz und Chemikaliensicher-



heit gelten als europäische Vorzeigeprojekte, werden aber kaum kontrolliert. Statt hier zu verbessern, will die Kommission weiter abbauen. Der VW-Abgasskandal zeigt, wohin solche Fehlanreize führen können.

3. Der „Omnibus“ rollt –

Gesetze im Schnellverfahren

Ein zentrales Instrument der neuen Deregulierungsagenda sind die sogenannten **Omnibus-Verfahren**. Der Begriff klingt harmlos, steht aber in Brüssel für die **gebündelte Überarbeitung ganzer Gesetzespakete** – mit dem Ziel, Berichtspflichten zu senken, Vorschriften zu „vereinfachen“ und Standards zurückzudrehen. Es geht nicht um punktuelle Anpassungen, sondern um eine systematische Abschwächung ganzer Rechtsbereiche.

4. „28. Regime“ –

Angriff auf soziale Standards

Besonders brisant ist der Vorschlag eines sogenannten „28. Regime“: Zusätzlich zu den 27 Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten sollen Unternehmen mit Standorten in mehreren EU-Staaten künftig unter einheitlichen – sprich: weniger strengen – Arbeits- und Sozialstandards agieren dürfen. Das würde nationale Schutzregelungen – etwa in Deutschland – aushöhlen. Der Europäische Gewerkschaftsbund warnt: Das Modell untergräbt bestehende Rechte und öffnet der Abwärtsspirale Tür und Tor.⁷

5. Neue Formate für noch

mehr Lobbyeinfluss

Mit „Implementierungsdialogen“ und „Realitätschecks“ hat die Kommission neue Formate eingeführt, um die Perspektive der Wirtschaft in Gesetzesprozesse einzuspeisen. In der Praxis dominieren große Konzerne diese Foren – zivilgesellschaftliche Akteure bleiben außen vor.

Offizielles Ziel ist es, „Belastungen“ für Unternehmen zu identifizieren. Damit entsteht faktisch ein Frühwarnsystem – für Wirtschaftsinteressen, nicht für Gemeinwohlbelange.

Parallel: Angriffe auf die Zivilgesellschaft

Während die Kommission den Zugang für Wirtschaftslobbyist:innen ausbaut, läuft im Europäischen Parlament eine Kampagne gegen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen.⁸ Vorangetrieben wird sie von konservativen und rechtsextremen Kräften, angeführt von der EVP.

Im Juni 2025 richtete das Parlament eine Arbeitsgruppe zur „Untersuchung der NGO-Finanzierung“⁹ ein – gestützt auf unbelegten Vorwürfen. Ziel ist nicht Aufklärung, sondern Einschüchterung. Die Methoden erinnern an autoritäre Taktiken – und gefährden den demokratischen Diskurs.

Dieser Angriff hat das Ziel, zivilgesellschaftliche Organisationen – z.B. Umweltorganisationen – zu diskreditieren, indem man Zweifel an der Rechtmäßigkeit ihrer Finanzierung sät. Ist ihr Ruf geschädigt, ist auch ihre Arbeit an gemeinwohlorientierten Zielen wie Klimaschutz oder der Schutz von Menschenrechten infrage gestellt. Das zahlt auf den Plan ein, die von ihnen mit erkämpften Regeln wieder einzukassieren.

Politische Impulse aus Deutschland

Die Deregulierungsagenda der Industrie erhält entscheidende politische Unterstützung aus Deutschland. Bundeskanzler Merz sieht in Regulierung ein zentrales Wachstumshemmnis und begrüßt die neue Agenda ausdrücklich.¹⁰ Kommissionspräsidentin von der Leyen hat sich in ihrer zweiten Amtszeit klar auf diesen Kurs verpflichtet – als Bedingung für ihre Wiederaufstellung durch CDU und CSU.

Die gebündelte Überarbeitung mehrerer Gesetze bedeutet zwar mehr Tempo, geht aber zulasten von demokratischen Prozessen und Teilhabe.



WAS IST EIN OMNIBUS-VERFAHREN?

Das Prinzip ist einfach – aber folgenreich: Statt einzelne Gesetze anzupassen, bündelt die EU-Kommission mehrere Regelwerke eines Politikfelds und überarbeitet sie gleichzeitig. Das spart Verfahren – und beschleunigt politische Weichenstellungen. Die Parlamente bleiben formal eingebunden, doch der politische Druck wächst, alles „im Paket“ durchzuwinken.

Sechs Verfahren laufen bereits

(Stand September 2025):

→ Omnibus I – Nachhaltigkeit:

Umfasst zentrale Berichtspflichten zur Unternehmensverantwortung (CSDDD), Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), den CO₂-Grenzausgleich (CBAM) und die EU-Taxonomie. Ziel: Bürokratieabbau – gemeint ist vielfach: weniger Transparenz über Umwelt- und Sozialfolgen.

→ Omnibus II – Investitionen:

Betrifft EU-Finanzinstrumente wie InvestEU und EFSI. Auch hier steht die Entlastung von Unternehmen im Mittelpunkt.

→ Omnibus III – Landwirtschaft:

Schränkt Umwelt- und Naturschutzaufgaben in der Gemeinsamen Agrarpolitik ein – mit der Begründung, Landwirte entlasten zu wollen.

→ Omnibus IV –

Binnenmarkt & Digitalisierung:

Führt eine neue Unternehmensform (Small Mid-caps) ein, die weniger Pflichten beim Datenschutz und bei Energiefragen erfüllen soll. Auch eine Lockerung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wird geprüft. Das könnte zu einer Aushöhlung des Datenschutzes führen.

→ Omnibus V – Verteidigung:

Soll Rüstungsprojekte beschleunigen und öffentliche Beschaffungsregeln vereinfachen.

→ Omnibus VI – Chemikalien:

Die überfällige Reform des EU-Chemikalienrechts wird im Omnibusformat vorbereitet – unter massivem Einfluss der Industrie. Es sieht u. a.

Änderungen der Verordnung zur Einstufung und Kennzeichnung von gefährlichen Stoffen (CLP) sowie der Kosmetik-Verordnung (CPR) vor, die zu einem Abbau mühsam erreichter Verbraucherschutzstandards führen könnten.

Weitere Omnibus-Verfahren sind bereits angekündigt:

- **Umwelt:** Reduzierung von Berichtspflichten zu Produktregulierung, Abfall und Industrieemissionen. Auch die **erweiterte Herstellerverantwortung** (z. B. für Verpackungen oder Altgeräte) könnte abgeschwächt werden.
- **Klima:** Geplant ist die Überarbeitung von gleich drei Richtlinien – zur Energieeffizienz, zu erneuerbaren Energien und zur Gebäuderichtlinie.
- **Digitalisierung:** Weitere Gesetzespakete – etwa der **Data Act**, **AI Act** oder die **Open Data Directive** – stehen auf dem Prüfstand. Auch hier könnte der Trend zur Aufweichung gehen.
- **Automobilsektor:** Ein Omnibus zur Autoindustrie ist Teil des „Aktionsplans Auto“ – Details stehen noch aus, doch der Druck auf Umweltauflagen dürfte zunehmen.

Warum ist das problematisch?

Omnibus-Verfahren bündeln komplexe, oft sehr unterschiedliche Regelungen – und machen ihre politische Bearbeitung schwer durchschaubar. Sie verringern die Möglichkeit zur demokratischen Kontrolle und begünstigen Schnellverfahren. Gleichzeitig entsteht ein gefährlicher Präzedenzfall: Das Omnibus-Modell könnte zum neuen Standard für Gesetzesänderungen werden – **zugunsten von Tempo, zulasten von demokratischen Prozessen und Teilhabe.**

Wenn Schutzregeln fallen: Brüssel auf dem Weg in die Entfesselung

EVP-Fraktionschef Weber koordiniert den Rückhalt im Parlament. Im Januar 2025 bekräftigten alle drei in einer gemeinsamen Erklärung in Berlin ihr Vorhaben, „bürokratische Hürden“ abzubauen – gemeint sind vielfach Schutzregeln für Umwelt, Gesundheit und Soziales.

Dem müssen wir entgegentreten. Eine Politik, die Konzerninteressen priorisiert und zivilgesellschaftliche Kritik delegitimiert, darf sich nicht durchsetzen. Es braucht jetzt eine breite, entschlossene Gegenbewegung. Für starke Regeln. Für eine lebendige Demokratie. Für ein Europa, das nicht entfesselt wird – sondern handelt.

Was als Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit verkauft wird, ist in Wahrheit ein gefährlicher Rückschritt

Demokratie stärken - nicht aushöhlen

In einer Zeit globaler Unsicherheit braucht Europa Verlässlichkeit und Gemeinwohlorientierung. Doch die derzeitige Politik der EU-Kommission gefährdet beides: Sie schwächt Schutzstandards, vergrößert Machtungleichgewichte und diskreditiert kritische Stimmen.

Nina Katzemich, LobbyControl
nina.katzemich@lobbycontrol.de

Max Bank, LobbyControl
max.bank@lobbycontrol.de

Felix Duffy, LobbyControl
felix.duffy@lobbycontrol.de

Was als Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit verkauft wird, ist in Wahrheit ein gefährlicher Rückschritt – für den Schutz von Mensch und Umwelt, für demokratische Teilhabe und für das Vertrauen in politische Institutionen.

- 1 <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/neue-eu-kommission-vorfahrt-fuer-konzerne-116259/>, abgerufen am 07.09.25
- 2 <https://antwerp-declaration.eu/>, abgerufen am 07.09.25
- 3 <https://www.lobbycontrol.de/konzernmacht/regulatory-scrutiny-board-black-box-der-eu-gesetzgebung-108349/>, abgerufen am 07.09.25
- 4 <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/ttip-plus-agenda-zur-besseren-rechtssetzung-23595/>, abgerufen am 07.09.25
- 5 <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/wettbewerbsfaehigkeit-als-freibrief-fuer-monopolmacht-115001/>, abgerufen am 07.09.25
- 6 https://commission.europa.eu/document/download/10017eb1-4722-4333-add2-e0ed18105a34_en?filename=Communication_1.pdf, abgerufen am 07.09.25
- 7 <https://www.etuc.org/en/document/response-commissions-plan-28th-company-regime-innovative-companies-defending-workers-and>, abgerufen am 07.09.25
- 8 <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/konservative-kampagne-wie-christdemokraten-in-bruessel-die-zivilgesellschaft-schwaechen-119516/>, abgerufen am 07.09.25
- 9 <https://www.lobbycontrol.de/pressemitteilung/neue-eskalationsstufe-der-ngo-diffamierung-121709/>, abgerufen am 07.09.25
- 10 <https://www.friedrich-merz.de/merzmail/merzmail-03-2025/>, abgerufen am 07.09.25



BESTELLEN!

Unter
<https://wien.arbeiterkammer.at/Newsletter.html>

können Sie den EU-Infobrief
kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.